

IA12 Für eine Reform der EU-Digitalpolitik

Gremium: JEF NRW
Beschlussdatum: 12.09.2021

Antragstext

1 Die JEF Deutschland nimmt zur Kenntnis,

- 2 1. dass große internationale Unternehmen, insbesondere internationale
3 Digitalunternehmen, in unverhältnismäßig großen Geldsummen systematisch
4 Steuern in Europa vermeiden,
- 5 2. dass sich der digitale, europäische Markt in Gänze auf wenige Anbieter
6 konzentriert,
- 7 3. dass in der E-Commerce Branche teils prekäre Arbeitsbedingungen,
8 ausbeuterische Löhne und zweifelhafte Anstellungsverhältnisse
9 vorherrschen,
- 10 4. dass E-Commerce Unternehmen teilweise die Arbeiten von Betriebsräten und
11 betrieblichen Versammlungen aktiv behindern,
- 12 5. dass durch den Onlineversandhandel die Zahl gesundheitsschädlicher Waren
13 ansteigt und infolgedessen mehr Beschäftigte in der Logistikbranche
14 gesundheitlich gefährdet sind,
- 15 6. dass Onlinehändler teilweise durch Produkt-, Kontosperrern und der
16 Einbehaltung von Guthaben einer Willkür der E-Commerce-Plattformanbieter
17 unterworfen sind,
- 18 7. dass in Europa kaum inländische Digitalunternehmen internationalen
19 Durchbruch erlangen.

20 Die JEF Deutschland kritisiert,

- 21 1. dass die EU bisher nicht schärfere Regelungen gegen die oben genannten
22 zweifelhaften Geschäftspraktiken internationaler Digitalunternehmen

23

verabschiedet hat

- 24 2. dass die EU nicht stark genug europäische Digitalunternehmen finanziell
25 und politisch unterstützt,
- 26 3. dass die EU nicht ausreichend die Übernahme von europäischen
27 Digitalunternehmen reguliert.

28 Die JEF Deutschland wirbt,

- 29 1. erneut für einen europaweiten Mindestlohn und stärkeren Schutz bzw. höhere
30 Strafen bei der Behinderung der Arbeit von Betriebsräten und betrieblichen
31 Versammlungen,
- 32 2. für die Angleichung des Lohns von freien Mitarbeitern an die Löhne von
33 Festangestellten in der E-Commerce Branche, unter Betrachtung aller für
34 gewöhnlich anfallenden Versicherungskosten,
- 35 3. für eine Reform der gesetzlichen Bestimmung zur Societas Europaea (kurz
36 SE) im Hinblick auf eine stärkere Mitbestimmung durch
37 Arbeitnehmervertretungen,
- 38 4. für bessere Arbeitsbedingungen in E-Commerce Unternehmen in Bezug auf
39 Pausenzeiten, Erfassung und Verarbeitung von Mitarbeiterdaten,
40 Bewertungssysteme und Videoüberwachung,
- 41 5. für eine verschärfte Regelung des Betriebens von E-Commerce Plattformen
42 zum Schutz der Onlinehändler in Bezug auf Datennutzung und -verarbeitung,
43 sowie Plattformzugang und Plattformprovision,
- 44 6. für die Einführung einer europaweiten Quellensteuer auf den Umsatz statt
45 bisher auf den Gewinn,
- 46 7. erneut für eine europaweite Homogenisierung der Steuersätze und die
47 Einführung eines europaweiten Mindeststeuersatzes von 15 %,
- 48 8. für eine europaweite Aufstockung von Warenkontrollinstanzen, insbesondere
49 Umweltbehörden und Zolleinheiten,
- 50 9. für die Verabschiedung von empfindlicheren Strafen gegen das Einführen und
51 Handeln mit gesundheitsschädlichen Waren,
- 52 10. für eine Verabschiedung eines Gesetzes, dass die Speicherung, Nutzung und

- 53 Verarbeitung von europäischen Daten außerhalb von Europa verbietet,
54 11. für das Auflegen eines eigenen, europäischen Fonds zur Förderung von
55 europäischen Digitalunternehmen.

56 Die JEF Deutschland begrüßt in diesem Zusammenhang

- 57 1. die bisherigen Zusammenarbeiten europäischer Digitalunternehmen,
58 insbesondere bei dem Projekt GAIA X,
- 59 2. die jüngsten Bemühungen der EU, um ein europäisches Lieferkettengesetz, um
60 eine stärkere Steuergerechtigkeit, insbesondere im Fall der GAFKA, für
61 fairere, digitale Marktbedingungen im Hinblick auf die Monopolstellungen
62 der internationalen Digitalkonzerne.“

Begründung

Seit einiger Zeit beunruhigen uns die Vorgänge auf dem europäischen E-Commerce-/Digitalmarkt. Denn seit dem Erlangen ihrer unbestrittenen Marktmacht, haben große Digitalkonzerne wie Google oder Amazon immer wieder gezeigt, dass es dem digitalen Raum in Europa an Richtlinien und gesetzlichen Sicherheitsmaßnahmen fehlt. Gleichzeitig wurde Europa auch vor wirtschaftliche Herausforderungen eines größeren und an Wichtigkeit gewinnenden digitalen Marktes gestellt. Diese Hürden konnten jedoch gerade im Hinblick auf Wachstum und Wettbewerb noch nicht überwunden werden. Konkret fordern wir daher politische Anstrengungen in verschiedenen Bereichen. Zu Punkt 1 a: hier handelt es sich insbesondere um große Digitalkonzerne wie Apple, Amazon, Microsoft, Google, Facebook, die über Niederlassungen in Irland, Luxemburg und der Niederlande nach Schätzung der EU jährlich bis zu 70 Mrd. € Steuer vermeiden. Zu Punkt 1 c: hier beziehen wir uns auf Lagerhilfen, Paketbot*innen, Lieferant*innen, Kuriere und Uber-Fahrer*innen, die gewöhnlicherweise bei E-Commerce Unternehmen wie Amazon, Lieferdiensten wie Lieferando, Paketversandunternehmen wie DHL, Hermes, DPD und anderen Servicevermittlern zu arbeiten. Zu Punkt 1 d: hier beziehen wir uns auf Medienberichte aus den Betrieben von Amazon, Tesla, Zalando. Zu Punkt 1 e: mit einer immer größer werdenden Zahl von günstigen Anbietern wie joom, wish, jet, alibaba und amazon strömt eine immer größer werdende Zahl an minderwertigen Produkten auf den Markt. Diese riesigen Warenmengen können kaum noch fachmännisch überprüft werden. Das Risiko gesundheitlicher Schäden für Logistikmitarbeiter*innen und Verbraucher*innen steigt stetig an. Zum Schutze der Bevölkerung braucht es nach unserer Einschätzung eine Aufstockung des Zolls und der Umweltbehörden, sowie deren technischer Ausstattung, um der anhaltenden Warenflut Herr zu werden. Zu Punkt 1 f: Besonders Händler*innen auf Amazon und Ebay sind in den letzten Jahren von der Willkür dieser Konzerne betroffen gewesen. Die Konzerne sperrten Produkte und Händlerkonten, behielten Guthaben

ein, ohne eine Begründung anzugeben. Aufgrund der Monopolstellung der Konzerne sind Einkommensausfälle auf diesen Plattformen für Händler*innen Existenz bedrohend. Zu Punkt 3 d: Hier beziehen wir uns insbesondere auf Medienberichte aus den Amazon-Lagern bezogen auf die minutiöse Erfassung von Leistungsdaten, Gesundheitsdaten, Pausenzeiten und der Bewegung von Mitarbeiter*innen, deren Ergebnisse teils Grundlagen für Kündigungen bildeten. Bei Zalando gibt es Mitarbeiter*innenbewertungssysteme, die über die Löhne und die Aufstiegschancen entscheiden. Wir halten diese Form der Datenerfassung für einen tiefen, gesundheitsschädlichen Eingriff in die Privatsphäre der Mitarbeiter*innen. Schließlich begrüßen wir noch in diesem Zusammenhang die jüngsten europäischen Bemühungen einer besseren Steuerpolitik, die europäische Zusammenarbeit bei digitalen Projekten wie etwa GAIA X, die europäischen Bestrebungen des Green Deals und die politische Sensibilisierung für die europäische, digitale Souveränität. Gerade die Corona Pandemie hat deutlich gemacht, dass in einer Zeit, in der die physische Welt stehen zu bleiben scheint, digitale Märkte und damit auch der E-Commerce Sektor und Digitalkonzerne florieren. Die EU muss in der Lage sein, hier ihre wirtschaftlichen Stärken ausbauen zu können, um im internationalen Wettbewerb weiter mithalten zu können. Gleichzeitig muss die EU jedoch auch rechtliche Rahmenbedingungen setzen, um ihre Werte, ihre Wirtschaftskraft und die Sicherheiten, die sie ihren Bürger*innen und Händler*innen bietet, auf dem digitalen Markt nicht zu verlieren.